

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 11/11**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Mölmscher Herbst: Düstere Wolken am Ruhrbanniastrand?

**In der Stadt a.d. Ruhrbania wird ein Leitbild gesucht. Das ist auch dringend nötig!!!**



Die jahrelangen Dauerbaustellen haben die ohnehin angeschlagene Mölmsche Innenstadt fast endgültig in die Knie gezwungen, das reiche Speldorf ist ein städtebauliches Fiasko, die gigantischen Vorleistungen für das schwindsüchtige Ruhrbania-Projekt haben den Stadtsäckel nachhaltig geplündert, das RWE, mit dem die Stadt Mülheim so eng verbunden ist, in Nöten und nun verweigern auch die Bürger ihre Beteiligung am "Bürgerhaushalt". **Trotz boomender Wirtschaft ist im schönen Mülheim Ratlosigkeit an der Tagesordnung.** Prof. Dr. Mülheim, mit dem das RWE seine Modellstadt noch vor Jahren anpries, scheint verschollen oder an

Gedächtnisschwund zu leiden. Und dann auch noch die Euro- und Finanzkrise, die über allem schwebt.

**Wie nur kann man/frau den Karren, der an die Wand gefahren wurde, wieder herausziehen, wenn auch noch der Himmel darüber sich bedrohlich verdunkelt?**

***Ganz einfach, behaupten OB Mühlenfeld und Kämmerer Bonan beinahe litaneimäßig und sie fordern unbeirrt mehr Hilfen von Land und Bund. Nur .....***

Fast 29 Mio. Euro erhält Mülheim 2012 bereits mehr vom Land, das in 2011 insgesamt 500 Mio. • zusätzlich an die 396 NRW-Kommunen verteilen will. **Mülheim tanzt dabei sogar völlig aus der Reihe und erhält die doppelte Menge an Landesgeldern, Köln als zweit-Begünstigte erhält „nur“ noch ein Viertel mehr und alle anderen weniger als ein Fünftel zusätzlich. Glück oder Zufall, dass just in Frau Krafts Heimatstadt Mülheim derart viele Sterntaler überverhältnismäßig nachregneten?**

Beim sog. „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ geht Mülheim dagegen leer aus, da die 340 Mio. • Landesgelder pro Jahr an die 34 bilanziell am höchsten verschuldeten Städte gehen sollen. Zwar liegt Mülheim mit über 600 Mio. • Kassenkrediten in 2011 ganz weit oben in der Verschuldungsskala, doch wegen der



unzähligen Umwegfinanzierungen über PPP- und PPP-ähnliche Investitionen ist die bilanzielle Verschuldung auf dem Papier geringer. Deshalb beschwerten sich Mühlenfeld und Bonan bitterlich, die als Sprecher des Städtebündnisses „Raus aus den Schulden“ diese weiteren Millionen-Zuschüsse des Landes ausgehandelt haben, selbst aber leer ausgehen. **Doch völlig gleich, ob die notwendigen Kassen(=Überziehungs-)kredite von heute 600 Mio. im Jahr 2015 auf 855 Mio. • explodieren, wie in Bonans Haushaltsentwurf für 2012 prognostiziert, oder durch weitere Landeszuschüsse auf "nur" 800 Mio. • p.a. reduziert werden könnten: Die Haushaltslage ist fast hoffnungslos, selbst wenn die Zinsen weiter derart niedrig blieben!**

Und Hilfen aus Onkel Dagoberts Dukatenbad blieben bisher auch nur heimliche Wunschträume!!!!

**Vielleicht hofft man/frau aber auch auf griechische Lösungen für die Stadt a.d. Ruhr.....**

**Auf den folgenden Seiten:**

- Saftige Gebührenerhöhungen geplant: Versuchte Abzocke? MBI-Antrag auf Neuberechnung der Abwassergebühren 2012 auf der Basis gesenkter kalkulatorischer Zinsen von 6 auf 4% ..... S. 2+3
  - MBI-Antrag, dem geplanten RWW-Wassertarif als sog. „Systempreis“ nicht zuzustimmen. .... S. 3
  - Bebauungsplan U 17 (Fünterweg/Honigsberger Str.) vom OVG aufgehoben! ..... S. 4
- Einlegeblatt: Mülheim, das RWE und die Stromkonzession: Ein abgekartetes Spiel, bitter für die ganze Region!

## Saftige Gebührenerhöhungen geplant: Versuchte Abzocke?

Bei Bio- oder Restmülltonnen sollen die Gebühren zwischen 8 und 10,2% steigen, je nach Tonnenvolumen. Bei Straßenreinigung 3,6 bzw. 3,7% für Straßen der Kategorie B und zwischen 14 und 14,9% in der Kategorie C. Die Gebühren für Winterdienst sollen um 8,5% für W2-Straßen und um 42% für W1-Straßen steigen. Abwassergebühren sollen um durchschnittlich 17,7% steigen. Diese Gebühren müssen jährlich kostendeckend berechnet werden und das unabhängig vom städtischen Haushalt in jeweils einem separaten Gebührenhaushalt für Müll, Abwasser und für Straßenreinigung. Liegt der errechnete Gebührenbedarf über den Einnahmen, kann erhöht werden, liegt er darunter, müssen die Gebühren gesenkt werden. Eigentlich einfach, doch alle o.g. Gebührenerhöhungen sind nicht nachvollziehbar begründet, insbesondere wenn angebliche Unterdeckungen aus verschiedenen Vorjahren plötzlich herangezogen werden. Das kann nicht sein!

### Antrag des Kreisverbandes Mülheim im Verband Wohneigentum, Nordrhein-Westfalen e. V. an den Umweltausschuss am 11.11.2011

Hiermit stellen wir den Antrag, den geplanten Gebührenerhöhungen in der Form, wie sie dem Umweltausschuss zur Beschlussfassung vorliegen, nicht zuzustimmen.

Begründung:

Seit Jahren steigen in Mülheim die Gebühren in einer durch nichts zu rechtfertigenden Größenordnung, und zwar von 2007 bis 2011 (innerhalb von nur vier Jahren) wie folgt:

- Restmülltonne um über 36%
- Biotonne um rd. 170%
- Straßenreinigung um über 23%
- Winterwartung um rd. 73%



Und die für 2012 geplanten Gebühren sollen, ohne hier näher auf Einzelheiten einzugehen, erneut um bis zu 17,7% angehoben werden. Dies ist dem Bürger, der erst heute wieder in der Zeitung lesen konnte, wie in einer finanzklammen Stadt im Straßenbau zum Teil Millionenbeträge in fragwürdige Bauprojekte investiert werden (Kreuzung wie eine Millionenstadt im Bereich Aktienstraße), nicht zu vermitteln. Und auch die Erklärungsversuche des Umweltamtes – Änderung der Verteilungsschlüssel und Unterdeckungen aus Vorjahren – klingen da wenig überzeugend, zumal auch hier das Vertrauen durch Pressemeldungen über jahrelange falsche Berechnungen erschüttert ist.

So ergibt sich beispielsweise nach unseren Beobachtungen durch ständig neu hinzukommende Wohngebiete – z. B. in Saarn/Selbeck, ehemalige Tongrube in Speldorf (Friedhof-/Mergelstraße), ehemalige englische Kaserne im Bereich Zeppelinstraße/Steinknappen und viele andere – besonders für die Kosten der Müllabfuhr und Straßenreinigung eine größere Verteilerbasis für die in den Gebühren enthaltenen Fix- und Gemeinkostenanteilen, was sich reduzierend auf die Gebühren auswirken muss.

Dienstleistungen haben sicherlich ihren Preis. Daher wird der Bürger eine moderate und begründete Erhöhung verstehen und akzeptieren. Davon kann jedoch bei diesen Steigerungssätzen seit Jahren keine Rede mehr sein. Die Parteien kritisieren seit langem mangelnde Transparenz bei der Gebührenberechnung, wir Bürger aber auch..

Mit freundl. Grüßen: Heinz-W. Seiler, 1. Vorsitzender

**Besonders haarsträubend ist der erneute Versuch, die Abwassergebühren, die mit Abstand am**



**meisten einbringen, explodieren zu lassen.** Den MBI-Antrag, die zweifelhafte Überführung von 5,4 Mio. • Überschüssen des Abwasserbetriebes in den städt. Haushalt rückgängig zu machen, nachdem **für 2012 die geplante drastische Erhöhung der Abwassergebühren um 17,7%**

hauptsächlich mit Unterdeckung der Vorjahre begründet wird, stimmten SPD und CDU im Rat am 6.10. kommentarlos nieder. Den Medien war das bisher noch keine Meldung wert. Bekanntlich laufen auch **Klagen gegen die Gebühren 2011 und die MBI haben Strafanzeige gestellt wg. Veruntreuung! Der erneute Versuch, Abwassergebühren illegal zur Haushaltssanierung missbrauchen zu wollen, ist sehr dreist!**

MBI-Antrag für die Sitzung des Umweltausschusses am 11.11.11, des Finanzausschusses am 05.12.2011 und Sitzung des Rates der Stadt am 15.12.11, TO jeweils: Öffentlich

**Neuberechnung der Abwassergebühren 2012 auf der Basis gesenkter kalkulatorischer Zinsen von 6 auf 4%**

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt und empfiehlt dem Rat zu beschließen:

**Die kalkulatorischen Zinsen zur Berechnung der kalkulatorischen Kosten für den Gebührenbedarf 2012 zur Abwasserbeseitigung der Stadt Mülheim werden mit 4% anstelle von 6%, wie in der Vorlage V 11/0620-01, angesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Abwassergebühren 2012 auf dieser Grundlage neu zu berechnen und spätestens für den Finanzausschuss am 5. Dez. eine entsprechend geänderte Beschlussvorlage vorzulegen, damit der FA dem Rat die geänderte Beschlussvorlage empfehlen kann.**

Begründung

Die geplante drastische Abwassergebührenerhöhung von 17,7% basiert u.a. darauf, dass die sog. kalkulatorischen Kosten mit 19 Mio. • satte 43,8% des gesamten errechneten Gebührenbedarfs ausmachen. Die 2,2 Mio. •-Steigerung der prognostizierten kalkulatorischen Kosten von 16,8 Mio. auf 19 Mio. • begründet neben den angeblichen Unterdeckungen aus den Vorjahren von 3,14 Mio. • die beabsichtigte saftige Gebührenerhöhung von fast 18%. Über die Hälfte der sog. kalk. Kosten entsteht aus den angenommenen fiktiven 6% kalkulatorischen Zinsen, deutlich mehr als aus den Abschreibungen.

Da seit vielen Jahren das Zinsniveau real niedrig war und ist und in den letzten 2 bis 3 Jahren sogar auf historischen Tiefständen, sind diese angesetzten 6% für Zinsen nicht nur fernab jeglicher Realität, sondern auch weitaus zu hoch etwa bezogen auf den Durchschnitt der Zinshöhe des letzten Jahrzehnts, der nicht über 4% liegen dürfte.

MBI-Antrag für die Sitzung des Umweltausschusses am 11.11.2011

**Empfehlung des Umweltausschusses zur Ablehnung eines verbrauchsunabhängigeren RWW-Wassertarifs**



Der Umweltausschuss möge beschließen:

**Der Umweltausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Rat der Stadt Mülheim, der geplanten Änderung des RWW-Wassertarifs ab Jan. 2012 als sog. „Systempreis“ aus ökologischen Gründen heraus nicht zuzustimmen.**



Begründung

Das RWW als 80%ige RWE-Tochter beabsichtigt, seine Preisgestaltung ab 1.1.2012 zu ändern hin zum „Systempreis“ mit 50% Grundgebühr, und zwar von jeder Wohnung („Wohneinheiten-Maßstab“ statt bisher „Zählermaßstab“). Eine derartige Änderung betrifft nicht nur die Haushaltskassen der Verbraucher, sondern sie beinhaltet auch eine äußerst sensible ökologische Fragestellung. Deshalb hätte das RWW-Vorhaben eigentlich zuerst im Umweltausschuss behandelt werden müssen, was nicht geschah. **Jahrzehntlang wurde aus guten Gründen der sparsame Umgang mit dem lebenswichtigen Trink- und Brauchwasser propagiert. Nicht zuletzt haben auch die Wasserkosten mit dazu beigetragen, dass große technische Verbesserungen zum sparsameren Umgang mit Wasser auch von den Verbrauchern, ebenso wie den Betrieben angenommen wurden, weil es sich gerechnet hat.**

Der geplante neue „Systempreis“ des RWW verlässt diese Logik, indem u.a. der Fixpreisanteil von 20 auf 50% erhöht wird. **Das ist aus ökologischer Sicht ein Signal in die völlig verkehrte Richtung.** Es ist also davon auszugehen, dass mit dem „Systempreis“ der Wasserverbrauch wieder steigen wird, zumindest aber nicht weiter reduziert werden wird. Das hat u.a. auch Auswirkungen auf die Abwassergebühren, die in Mülheim bekanntlich zur Hälfte entsprechend des Wasserverbrauchs der Vorjahre berechnet werden. Auch das Abwassernetz hängt mit dem Wasserverbrauch eng zusammen. Steigender Wasserverbrauch bedeutet zusätzlich steigenden Einsatz etwa von Chemikalien, um eine hohe Wasserqualität zu garantieren. Dass es selbst in wasserreichen Gebieten wie bei uns für das gesamte ökologische Gleichgewicht immer besser ist, je weniger Grundwasser entnommen wird, kann als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Ökologisch ist insgesamt kein ernstzunehmender Grund zu erkennen, warum das oberste Gebot des sparsamen Umgangs mit Wasser durch einen deutlich verbrauchsunabhängigeren Wasserpreis gefährdet und in Frage gestellt werden sollte.

Das RWW begründet sein Vorhaben mit angeblich ca. 80% Festkosten zur Unterhaltung einer Wasserversorgung, die aufgrund schrumpfender Bevölkerungszahlen überdimensioniert ist bzw. werden wird. Das macht u.a. auch Investitionen etwa in Anpassung des Netzes notwendig. Der Anreiz für Versorger wie das RWW, solche Investitionen auch zu tätigen, dürfte sicherlich weniger gegeben sein, je höher der Fixkostenanteil der Wasserrechnungen die Einnahmen unabhängig vom Wasserverbrauch garantiert.



# Bebauungsplan U 17 vom OVG aufgehoben!

**MBI-Vorschlag für den Planungsausschuss am 22.11.2011 TO: öffentlich**  
**Betr.: Sachstandsbericht U 17, OVG-Urteil zur Unwirksamkeit**  
**und evtl. bereits erteilte Baugenehmigungen**

Unter dem Aktenzeichen 10 D 31/09 NE hat das Oberverwaltungsgericht in Münster (OVG) am 18. Oktober 2011 in dem Normenkontrollverfahren gegen die Stadt Mülheim wie folgt geurteilt:

**„Der Bebauungsplan „Honigsberger Straße/Fünter Weg – U 17“ der Stadt Mülheim an der Ruhr ist unwirksam. Die Antragsgegnerin Stadt trägt die Kosten des Verfahrens. Die Revision wird nicht zugelassen.“**

**Die Verwaltung möge dem Ausschuss darlegen, warum das OVG so geurteilt hat, und welche Schlussfolgerungen daraus für den aufgehobenen B-Plan U 17 gezogen werden sollen.**

In der NRZ vom 27.10.11, also 9 Tage nach dem o.g. OVG-Urteil, war folgende Information im Artikel :“Die Jugend als Säule des Alters“ zu lesen: „Für die Älteren müssen altersgerechte Wohnungen geschaffen werden ..... Zum Beispiel die elf Wohneinheiten am Fünter Weg, die man jetzt gemeinsam mit der MWB auf den Weg gebracht hat. „Die Baugenehmigung ist gerade erst bewilligt worden.“

**Die Verwaltung möge darstellen, was genau wann am Fünterweg genehmigt wurde und wie das ggfs. mit dem OVG-Urteil vereinbar sein könnte bzw. ob die Genehmigung, falls wirklich erteilt, zurückgezogen werden muss, da der U 17 nun unwirksam ist.**

Anmerkungen MBI zum OVG-Urteil:

**Auf 20 Seiten wird das Urteil begründet. Es hagelt darin nur so an Ohrfeigen für die Stadt!!**

18 Jahre dauerte die Aufstellung des B-Plan U 17 „Fünterweg/Honigsbergerstr.“. Der Mülheimer Wohnungsbau (MWB) wollte im Innenbereich bauen und die meisten anderen Anlieger wollten ihre Gärten erhalten. Ganze 5 Seiten braucht das Gericht, nur um das Verfahren mit den dauernden Nachbesserungen zu beschreiben. Zur Frage des Bedarfs gesteht das OVG der Stadt ihre Planungshoheit zu und selbst zur Frage der evtl. Enteignung sieht es keinen ausreichenden Grund, den B-Plan aufzuheben. Doch der gesamte Rest ist ein derartiger Verriss bzw. eine Bescheinigung für beispiellose Schlamperei bzw. Unfähigkeit, auch nach 20 Jahren intensiver Arbeit einen B-Plan korrekt und den Vorschriften entsprechend aufzustellen.

**Ob und wie die Stadt den B-Plan U 17 neu auflegt, wird sich zeigen. Die Devise „Augen zu und durch“ bzw. "Aussitzen und Ausschweigen" hilft nicht weiter!**

Unabhängig von allen juristischen Fragen ist und bleibt das Kernproblem des U 17, dass es höchst bedenklich ist, gegen den Willen der meisten Grundstückseigentümer Bauland zu schaffen und ihnen dann auch noch Erschließungskosten aufzubrummen. Derartige Planung nur für einen Investor wie in dem Fall dem Mülheimer Wohnungsbau (MWB), dem die Mehrheitsfraktion nahe steht, ist Filz in Reinkultur, auch wenn der letztendliche Ratsbeschluss ein unappetitlicher Kuhhandel von SPD und CDU im Tausch gegen den B-Plan „Mariannenweg“ in Dümpten war, womit die CDU „ihrer“ Kirche einen Gefallen tun wollte.

## **Mehr aus und in den Gremien, u.a.**

In der **Bezirksvertretung 1** am 7.11. 3 MBI-Punkte

1.) Anfrage zu "Neue **Verkehrsführung Dohne**"

2.) Antrag zu **Parkplätzen am Muhrenkamp**

3.) Anfrage zu **Bergschäden Mühlenfeld/Hingberg**

Im **Umweltausschuss** am 11.11. haben die MBI auch beantragt, einen RP-Vertreter zu laden zum **Vertrag mit dem Fallwerk Jost** sowie dessen Implikationen für Umwelt und Anwohner

Im **Wirtschaftsausschuss** am 17.11. der MBI-Antrag zur **Parkscheibenregelung Innenstadt**

In der **Bezirksvertretung 3** am 10.11. die MBI-Anfrage für einen detaillierten Sachstandsbericht zum **Neubau der hist.Pergola im Raffelberg-Park**

Im **Sportausschuss** am 14.11. 2 MBI-Anträge:

1.) den uneingeschränkten **Erhalt des Sportplatzes von-der-Tann-Str.** in Styrum zu beschließen und den Beschluss zum Verkauf des Geländes für Einfamilienhäuser rückgängig zu machen

2.) das **Freibad Styrum (Naturbad)** der Mülheimer Bevölkerung **uneingeschränkt zu erhalten**

**M ü l h e i m e r  
B ü r g e r -  
I n i t i a t i v e n** ●

**F r a k t i o n i n R a t u n d  
B e z i r k s v e r t r e t u n g e n  
d e r S t a d t M ü l h e i m a . d . R u h r**

**F r a k t i o n s b ü r o : K o h l e n k a m p 1  
4 5 4 6 8 M ü l h e i m / R u h r**

**T e l e f o n : 0 2 0 8 - 3 8 9 9 8 1 0**

**T e l e f a x : 0 2 0 8 - 3 8 9 9 8 1 1**

**M B I**

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheim, das RWE und die Stromkonzession

## **Ein erschrecklich abgekartetes Spiel, aber bitter- bis todernst für die ganze Region!**

**Sondersitzung Hauptausschuss der Stadt Mülheim am 21. Okt. 2011 auf MBI-Antrag hin: Der Punkt Auflösung der Ruhrbania-Gesellschaften wurde von SPD und CDU nicht als Tagesordnungspunkt zugelassen, angeblich gebe es keine Eilbedürftigkeit. Die medl-Bewerbung um die Stromkonzession lehnten SPD und CDU ab, angeblich sei das nie gewollt gewesen.**

Zum ersten Punkt sollte erneut jede öffentliche Diskussion um das gigantische Finanzdebakel und die hochgradig abenteuerlichen Konstruktionen des Prestigeprojekts Ruhrbania verhindert werden. So wird der MBI-Antrag in der Sitzung am 24. Nov. behandelt werden müssen!

Die **Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG)** als PPP-Projekt mit der Fa. Kondor Wessels, alias Reggeborgh, war eine teure Fehlkonstruktion, die keine wirkliche Funktion besitzt. Die MBI beantragten vor 1 Jahr vergeblich deren **Auflösung**, um die unnütze Geldverschwendung zu beenden. Nun trat Kondor Wessels von sich aus aus der RPG aus. MBI-Fragen, was das den Steuerzahler kostet/e, wurden zum Geheimnis erklärt! Alleine 1,5 Mio. städtische Gelder an die Firma für Projektentwicklung, wie bitte?

**Zur Bewerbung der medl (Mülheimer EnergieDienstleistungs GmbH, 51% Stadt, 49% RWE) um die Stromkonzession wurde es dann im Ausschuss sehr giftig und z.T. absurd.**



Im Gesellschaftervertrag der medl von 1997 ist das Betreiben des Stromnetzes als Unternehmensziel ausdrücklich festgeschrieben. 1999 verlängerte die Stadt dennoch mit Beschluss von SPD und CDU ohne Not den Konzessionsvertrag mit RWE vorzeitig bis Ende 2014 und rechtzeitig vor den Kommunalwahlen, wobei die medl völlig übergangen wurde.

2010 sollte im Schnellverfahren das gleiche wiederholt werden, was allerdings inzwischen ein ausschreibungsähnliches Anzeigeverfahren notwendig machte. Das sollte über die Sommerferien mit kurzer Bewerbungsfrist zur Farce gemacht werden, um so dem RWE die vorzeitige Konzessionsverlängerung erneut zu sichern. Dieser Husarenstreich der RWE-Aufsichtsrätin und OB Mühlenfeld führte zu so heftigen Turbulenzen im Rat, dass sowohl die Frist verlängert, als auch die medl als Bewerber zugelassen werden musste. Die medl bekundete Mitte Dez. genau wie 4 weitere Bewerber neben dem RWE ihr Interesse als dem 1. Bewerbungsschritt.

9 Monate später und kurz vor Abgabefrist verkündete der medl-Chef überraschend, dass aber keine Bewerbung abgegeben werde, weil die Gesellschafter RWE und BHM dies nicht wollten. Da sich inzwischen nach der SPD auch die CDU zumindest inoffiziell erneut pro RWE positioniert haben, war weder im Aufsichtsrat, noch im Hauptausschuss an dem medl-Verzicht zu rütteln.

Da auch die WAZ-Medien eine ernsthafte Diskussion zur Stromkonzession vermieden, könnte theoretisch nur noch ein Mitbewerber dem RWE die Stromkonzession verhindern. Das aber ist eher unwahrscheinlich. So wird sich Mülheim weiter an den trudelnden Konzern binden, dessen Zukunft wenig Gutes verspricht. Das RWE hat sich mit Mülheim dann im Strombereich das Sahnestück mittendrin vorab gesichert, bevor in den nächsten Jahren nach und nach die Stromkonzessionen etlicher Ruhrgebietsstädte auslaufen. Eine städteübergreifende regionale Stadtwerkelösung im zukunftssträchtigen Strombereich auch ohne RWE wird also schwer möglich sein, gegen das RWE überhaupt nicht mehr.

So haben Frau Mühlenfeld, BHM-Chef Dönnebrink, der ursprünglich vom RWE kommt, und die beiden großen Mülheimer Fraktionen kräftig für das RWE Politik gemacht, und zwar nicht nur auf Kosten der Mülheimer Bürger, sondern der gesamten Region. Das dafür abgekartete Spiel hat mit Demokratie wenig zu tun, die feindselige Stimmung in der Sonder-HA-Sitzung war ein schlechtes Ablenkungsmanöver, das in seiner Absurdität auch noch darin gipfelte, dass die SPD den MBI den schwarzen Peter zuschieben wollte, weil deren Sprecher persönlich versagt hätte, weil er nicht bereits im Sommer einen Ratsbeschluss für eine medl-Bewerbung erwirkt hätte. Einer Interessensbekundung könnte nur dann eine Bewerbung folgen, wenn dafür ein extra-Beschluss erfolge und der sei nicht beantragt worden. Oder anders ausgedrückt: Die SPD hat letztes Jahr anscheinend nur deshalb für die Interessensbekundung gestimmt, weil sie genau wusste, dass ohnehin keine Bewerbung erfolgen werde. Wie krank oder hinterlistig muss man eigentlich sein .....



Bei dem Betreiben des Stromnetzes handelt es sich um eine sehr strategische Position. SPD und leider auch CDU haben hier ohne Not und im vorausseilenden Gehorsam einen weiteren Teil unserer Stadt und sogar der Region auch zukünftig dem RWE unterworfen, diesem atomfixierten Konzern, der nebenbei auch noch Europas größter Klimakiller ist.

Natürlich wäre diese abstoßende Lobbypolitik nicht ganz so einfach gewesen, wenn die grünen Ratsvertreter bei der medl-Gründung 1997 dem Votum ihrer Mitgliederversammlung gefolgt wären und die Gas- und Fernwärmegesellschaft Medl ohne RWE-Beteiligung (bzw. deren Tochter Rhenag) aufgestellt hätten. Die Grünen waren damals das Zünglein an der Waage zwischen den beiden gleichgroßen Blöcken von CDU und SPD. Letztere wollte ein Zusammengehen mit dem damals noch kommunal dominierten Wasserwerk RWW, das dann später selbst an das RWE verhökert wurde.

Aber auch die CDU muss man fragen, wie ernst sie die Ziele nimmt, die sie doch zusammen mit den Grünen der medl damals ins Stammbuch hat schreiben lassen!



Während überall in Krisen- und Umbruchzeiten wie diesen die besondere und strategische Bedeutung der (Re-)Kommunalisierung, insbesondere des Energiebereiches, aber auch der gesamten Grundver- und Entsorgung, erkannt wurde, gelangt im RWE-Herzstück Mülheim die Diskussion überhaupt nicht zu diesen überlebenswichtigen Aspekten!

Nicht zufällig ist ja auch Stahlhändler und Milliardär Großmann ebenfalls Mülheimer, der bekanntlich als auch-RWE-Chef den Konzern mit unternehmerischen Fehlentscheidungen massiv ins Wanken gebracht hat.

